

Flüchtlingsunterkunft

Kempener Allee: Noch sind viele Fragen offen



Der Exerzierplatz auf dem ehemaligen Kasernengelände. Hier könnte die Zeltstadt aufgebaut werden.

Bild: Jochmann

Wann die Zeltstadt an der Kempener Allee aufgebaut wird, ist noch unklar. Politik will die Gebäude der Kaserne nutzen.

Nach wie vor sind die großen Tore der ehemaligen britischen Kaserne an der Kempener Allee geschlossen. Das Gelände selbst ist menschenleer. Bisher ist nicht bekannt, wann die ersten Unterkünfte für die etwa 700 erwarteten Flüchtlinge aufgebaut werden. Die vom NRW-Innenministerium mit der Organisation beauftragte Bezirksregierung in Düsseldorf hat erste Gespräche mit der Stadtverwaltung in Krefeld geführt. Das bestätigt Stadt-Pressesprecher Timo Bauermeister gegenüber der WZ. „Mehr aber lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht sagen.“

Stefanie Klockhaus, Sprecherin der Regierungspräsidentin, bekräftigt das. „Es hat erste, grundsätzliche Gespräche mit der Verwaltung in Krefeld gegeben. Fest steht, dass das Kasernengelände für die geplante Unterbringung sehr gut geeignet ist. Es müssen aber noch viele Detailfragen geklärt werden. Deshalb ist es derzeit unmöglich, schon einen Zeitplan vorzulegen oder zu sagen, wann die ersten Flüchtlinge kommen werden.“ Nähere Informationen, so gibt Klockhaus zu verstehen, seien nicht vor kommender Woche zu erwarten.

Norbert Stahl von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima), der bisherigen Eigentümerin der Kaserne, hat in einem Gespräch mit der WZ angedeutet, dass es ernsthafte Probleme mit der Entwässerung auf dem Gelände geben könnte. Er hält die Kanalisation im Untergrund für problematisch, wenn sich dort bis zu 700 Personen dauerhaft aufhalten. Die Kaserne steht seit 13 Jahren leer und wie die Gebäude könnten auch die Abwasserkanäle marode sein. Der Durchschnittsverbrauch von Wasser pro Kopf liegt in Deutschland bei täglich rund 120 Litern. Für 700 Menschen bedeutet das 84 000 Liter Abwasser pro Tag.

Das Land sei in einer Notsituation, wirbt SPD-Landtagsabgeordneter Ulrich Hahnen um Verständnis. Es gehe darum, eine humanitäre Lösung für die hilfeschenden Menschen zu finden. Das unterstützt CDU-Fraktionschef Philibert Reuters. Stadt, Bürgerschaft und Hilfsorganisationen sollten frühzeitig an der Konzeption der Zeltstadt beteiligt werden.

Anders Grüne, FDP und UWG. Es könne sich nur um eine Notlösung handeln. Gleichzeitig müsse an einer witterungsbeständigen Unterkunft gearbeitet werden. Dazu sollten zumindest Teile der Gebäude auf dem Kasernengelände umgerüstet werden.

Widerspruch kommt unterdessen vom Bürgerverein Nord-West. Dessen Vorsitzender Alfred Birnes spricht in einem Schreiben an Oberbürgermeister Gregor Kathstede davon, dass der Krefelder Nord-

Westen bereits genügend mit Flüchtlingen belegt sei. Kathstede solle auf eine gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen auf die Krefelder Stadtteile achten, so Birnes. Andernfalls, so der Bürgervereinsvorsitzende, würde die grundsätzlich positive Einstellung der Bewohner im Nord-Westen durch zu massive Unterbringung von Flüchtlingen gefährdet. *et/rb*